



Liebe Leserinnen und Leser,

in der Ukraine droht ein Abnutzungskrieg, doch der Bundeskanzler und mit ihm die SPD verweigern dem geschundenen Land die volle Unterstützung. Das zeigte sich auch in der vergangenen Sitzungswoche im Bundestag. Zu beobachten war dabei die zunehmende Fassungslosigkeit in den Reihen der Grünen und der FDP über die Haltung des Kanzlers.

Ein jämmerliches Bild gibt die Regierung auch ab, wenn es darum geht, die irreguläre Migration einzudämmen. Die Beschlüsse, die der Kanzler und die Ministerpräsidenten der Länder dazu im November getroffen haben, werden von Teilen der Koalition geradezu sabotiert. Die Unionsfraktion ruft deshalb dazu auf, die Städte und Gemeinden, die in Sachen Aufnahmefähigkeit bereits am Limit sind, nicht im Stich zu lassen.

Herzliche Grüße und frohe Ostern,

Ihre Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB



Industriestandort Schweinfurt
Wachstum und industrielle
Stärke wichtig > S. 3



Landwirtschaft
Agrardiesel-Steuerentlastung
dauerhaft fortführen > S. 5



Frühlingsempfang
Klare Worte von
Minister Markus Blume > S. 8

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Cannabis-Gesetz der Bundesregierung

Cannabis-Legalisierung ist verantwortungslos

Die Legalisierung von Cannabis lehne ich aus Prinzip ab und habe gegen den Gesetzentwurf der Ampel gestimmt. Das Vorhaben gefährdet massiv den Schutz unserer Kinder und Jugendlichen. Cannabis birgt erhebliche Gesundheitsrisiken. Selbst geringfügiger Konsum kann bei Jugendlichen

und jungen Erwachsenen irreversible Schäden verursachen.



Die Legalisierung erleichtert den Zugang zu Cannabis, was die Präventionsarbeit untergräbt und die Risiken einer Normalisierung des Drogenkonsums erhöht. Die festgelegten Besitzmengen sind zu hoch, was den Schwarzmarkt und einen „grauen Markt“ für die Weitergabe an Minderjährige begünstigt. Dies steht in direktem Widerspruch zu jedem Bemühen um Kinder- und Jugendschutz.

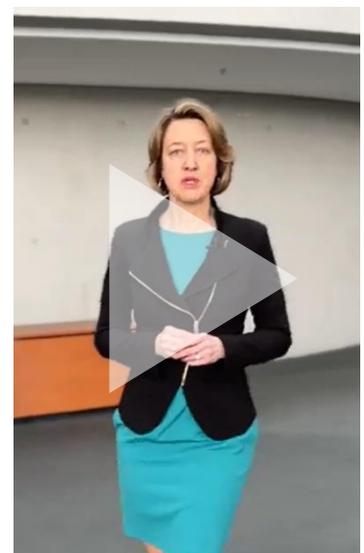
Die Herausforderungen für Strafverfolgungsbehörden und die Justiz werden enorm zunehmen und zu einem untragbaren Mehraufwand führen.

Die Ablehnung durch die Innenministerkonferenz und die Warnungen von Experten und Fachverbänden verdeutlichen den breiten Widerstand. Die Ampel, insbesondere der Bundesgesundheitsminister, zeigt eine beispiellose Verantwortungslosigkeit und Inkompetenz, indem sie dieses Vorhaben gegen den fachlichen Rat und die Position der Länder durchsetzt.

Warum ich die Legalisierung von Cannabis ablehne

Die Legalisierung von Cannabis lehne ich aus Überzeugung ab und habe deswegen im Bundestag gegen den Gesetzentwurf der Ampel gestimmt. Warum? Das erfährt man in meinem aktuellen Video:

https://youtu.be/zxAAF_xgIYQ?si=fzNqAC6RXcNe3-1P





CSU äußert sich zum Industriestandort Schweinfurt

Wandel und Transformation nicht auf Kosten von Wachstum und industrieller Stärke

Die CSU-Mandatsträger Anja Weisgerber (Bundestag), Martina Gießübel (Landtag) und Stefan Funk (Bezirkstag) beobachten die angespannte Lage in der Schweinfurter Großindustrie aufmerksam. „Angesichts von Digitalisierung und Transformation sind Veränderungen in der Arbeitswelt Teil einer Entwicklung, von der alle Unternehmen betroffen sind. Wir müssen jedoch dafür sorgen, dass Wandel und Transformation in Deutschland nicht auf Kosten von Wachstum und industrieller Stärke gehen“, betonten die Mandatsträger. Vielmehr gelte es jetzt, die Chancen der Transformation auch für Schweinfurt zu nutzen.

Bedrohlich ist aus Sicht der CSU-Vertreter, dass die Produktion immer mehr ins Ausland verlagert wird. Deutschland sei als Produktionsstandort unattraktiv geworden. „Die Ampel-Regierung muss das Industrieland Deutschland wieder attraktiver machen“, fordern die CSU-Politiker. Angesichts der großen Zahl von Arbeitsplätzen im Cluster Automotiv in der Region dürfe auch das Auto nicht immer schlecht geredet werden: „Vielmehr sollte der Staat die Voraussetzungen schaffen, dass sich der Erfindergeist der Ingenieure bestmöglich entfalten kann und auch die Zukunft der Mobilität aus Deutschland kommt.“



Die Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber sieht die deutsche Wirtschaft derzeit am Abgrund, das Land stecke mitten in einer Rezession. „Dies ist auch auf die Politik der Ampel zurückzuführen, die die Unternehmen mit steigenden Energiekosten, Bürokratie und Unentschlossenheit belastet. Auf entscheidende wirtschaftspolitische Fragen hat die Bundesregierung keine Antworten. Das beste Konjunkturprogramm für Deutschland wäre eine neue Bundesregierung“, so Weisgerber. Bei den Energiepreisen sei die Stromsteuer zwar zum Jahresanfang um 2 Cent gesenkt worden. „Gleichzei-



tig hat die Bundesregierung die Netzentgelte aber um 3 Cent erhöht, was wiederum zu einer Mehrbelastung der Wirtschaft geführt hat“, erklärt die Abgeordnete.

Die überbordende Bürokratie belaste die Wirtschaft zunehmend. „Deshalb muss das EU-Lieferkettengesetz gestoppt werden, das vor allem kleine und mittelständische Unternehmen treffen würde“, fordert die Landtagsabgeordnete Martina Gießübel. Auch die Lohnkosten seien in Deutschland sehr hoch. „Wir appellieren an die Tarifparteien, vor allem an die Gewerkschaften, das Korsett durch weitere Forderungen nicht noch enger zu schnüren“, so die Landtagsabgeordnete Martina Gießübel. Forderungen nach einer 32-Stunden-Woche erteilt sie eine Absage. „Wenn wir weiterhin konkurrenzfähig bleiben wollen, dann können wir nicht immer weniger arbeiten“, fordert die Landtagsabgeordnete. „Leistung muss sich wieder lohnen und Arbeiten muss attraktiver werden. Deshalb wollen wir Steueranreize für mehr Leistung setzen, indem Überstunden steuerfrei gestellt werden. Außerdem müssen wir die Sozialabgaben dauerhaft auf 40 Prozent deckeln, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland aufrecht zu erhalten“, ergänzt Anja Weisgerber.



Bezirkstagspräsident Stefan Funk sieht in einem mittelfristigen Wegfall von Arbeitsplätzen auch ein Risiko für die Kommunen: „Unsere Städte und Gemeinden erhalten dann weniger Einnahmen aus der Einkommens- und der Gewerbesteuer. Über die Umlagen werden dies das auch die Landkreise und der Bezirk Unterfranken deutlich merken. Dann sind auch Abstriche bei den Sozialleistungen oder bei Investitionen in die Infrastruktur möglich. Die Großindustrie sorgt mit ihrer Wertschöpfung dafür, dass Staat und Kommunen ihren Aufgaben nachkommen können.“ Dies müsse in Zukunft so bleiben.

„Unser Ziel ist es, mit den bestehenden oder mit weniger Ressourcen mindestens dasselbe oder größeres Wachstum zum Wohle aller zu generieren und die Soziale Marktwirtschaft zur einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln“, so die CSU-Politiker. In diesem Sinn werde man in den kommenden Wochen auch weiterhin das Gespräch mit den Gewerkschaften sowie der Wirtschaft suchen.

Auch das Thema Bürokratieabbau will die CSU aktiv anpacken und organisiert dazu eine Veranstaltung mit Walter Nussel, dem Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung. Am 2. Mai will man in Volkach im Gespräch mit Vertretern der Wirtschaft erfahren, wo überflüssige Bürokratie abgebaut werden und wie man dadurch die Wirtschaft wieder stärken kann. Im Rahmen der Veranstaltung sollen die drängendsten Punkte herauskristallisiert werden, die in den Parlamenten in München und Berlin eingebracht werden.



Agrardiesel-Steuerentlastung dauerhaft fortführen

Für Landwirtschaft und ländliche Räume

Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft befindet sich aktuell, wie auch andere Wirtschaftszweige in Deutschland, in der Krise. Während die Weltwirtschaft und die Wirtschaft in der EU wachsen, hinkt Deutschland anderen Staaten hinterher. Doch anstatt unsere Landwirtschaft und damit auch unsere ländlichen Regionen zu unterstützen, will die Bundesregierung sie schwächen. Die geplante Abschaffung der Vergünstigung des Agrardiesels ist ein Schlag ins Gesicht für die Landwirtinnen und Landwirte. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir die Ampelkoalition in den letzten Wochen wiederholt aufgefordert, diesen Fehler zu korrigieren.

Die AfD stellte am vergangenen Mittwoch einen Schaufenster-Antrag zur Beibehaltung der Steuervergünstigung für Agrardiesel im Bundestag zur Abstimmung. Es überrascht, dass ausgerechnet die AfD einen entsprechenden Antrag stellt, obwohl es dem eigenen Grundsatzprogramm der AfD widerspricht, das klar eine Abschaffung aller Subventionen fordert. Wir als CDU/CSU-Fraktion haben erneut einen eigenen Antrag eingebracht. Darin fordern wir, die Agrardiesel-Steuerentlastung dauerhaft fortzuführen, wie wir es bereits in unserem Antrag am 16. Januar 2024 gefordert haben. Die AfD fordert in ihrem Antrag eine Beibehaltung der Steuervergünstigung für Agrardiesel lediglich für das Jahr 2024. Diese Forderung geht nicht weit genug. Daher werde ich den AfD-Antrag ablehnen.

Zur Abstimmung im Deutschen Bundestag habe ich auch eine schriftliche Erklärung abgegeben. Diese kann man hier nachlesen:

<https://anja-weisgerber.de/aktuelles/aktuelles-detail/article/persoенliche-erklaerung-nach-31-go-bt-steuerverguenstigung-fuer-agrardiesel.html>

Die Ampel lässt unsere Landwirte im Regen stehen

Die Ampel spielt die Wirtschaft und die Landwirtschaft gegeneinander aus. Am Ende lässt sie beide im Regen stehen. Mehr dazu in meinem aktuellen Video:

https://youtube.com/shorts/Ymjvey7tGQE?si=n8v8V_T9zannxL3hZ





Opposition wirkt

Frist für Corona-Abrechnung verlängert

Auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion haben die Wirtschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern vereinbart, die Abgabefrist für Corona-Schlussabrechnungen bis zum 30. September 2024 verlängern zu wollen. Dazu erklärt Anja Weisgerber:

„Seit Februar fordern wir, die Abgabefrist für Corona-Schlussabrechnungen zu verlängern. Der Beschluss der Wirtschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern, die Abgabefrist für Corona-Schlussabrechnungen bis zum 30. September 2024 zu verlängern, macht Hoffnung. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, obwohl wir uns auch eine Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2024 vorstellen konnten.“



Auch fordern wir, die Prüfung der Schlussabrechnungen sowohl bei der Auswahl der Stichproben als auch bei der Durchführung risikoorientiert vorzunehmen. Zweckmäßig wäre es, bei der Prüfung der Corona-Schlussabrechnungen ein Risikomanagementsystem wie bei der

Steuererhebung oder der Geldwäschebekämpfung einzusetzen. Damit könnte insbesondere erreicht werden, dass sich die Bewilligungsstellen der Länder auf die Bearbeitung tatsächlich prüfungsbedürftiger Fälle konzentrieren.

Nach wie vor dominiert bei der Ampel eine Kultur des Misstrauens gegen Unternehmer. Es braucht endlich einen Mentalitätswechsel in der Bundesregierung, Wirtschaft ist kein Feind, sondern Partner und Ermöglicher! Deshalb: Mehr Wertschätzung für diejenigen, die Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen. Das bedeutet hier konkret: Unternehmen sowie prüfende Dritte brauchen mehr Zeit, um Rückfragen der Bewilligungsstellen zu beantworten. Derzeit sind Rückfragen innerhalb einer systemvorgesehenen Frist von 14 Tagen zu beantworten. Diese Frist kann bei den prüfenden Dritten und Unternehmen regelmäßig nicht eingehalten werden. Bund und Länder wollen diese Frist auf 21 Tage ausdehnen. Wir hatten gefordert, Unternehmen und prüfenden Dritten eine Antwortfrist von mindestens vier Wochen einzuräumen.“



Regierung lässt angekündigte Projekte vermissen

Wir müssen Verbraucherschutz ernst nehmen

Am 15. März war Weltverbraucherschutztag. Dazu erklärte die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anja Weisgerber:

„In Zeiten steigender Preise und einer immer komplexeren digitalen Welt mit Online-Handelsplätzen und virtuellen Zahlungsdiensten brauchen wir eine starke Stimme zum Schutz der Verbraucher. Doch im Bundesverbraucherschutzministerium unter Steffi Lemke herrscht allzu oft das Schweigen im Walde. Vollmundig angekündigte Verbraucherschutzpolitische Projekte wie das Aktionsprogramm ‚Reparieren statt wegwerfen‘ oder eine Initiative zur Verhinderung von Mogelpackungen lassen weiterhin auf sich warten. Das Ampel-Dreigespann muss sich stärker für Verbraucherrechte einsetzen. In vielen Fragen vertreten die Koalitionäre jedoch eine unklare oder uneinheitliche Haltung – etwa zu Fragen der Energieversorgung oder zu offenen und versteckten Preiserhöhungen. Damit verunsichern sie die Verbraucher.“



Kongress der CDU/CSU-Fraktion

Wertschöpfung in Kreisläufen



Kreislaufwirtschaft hat viele Vorteile: Auf diese Weise kann die Wirtschaft ihre Abhängigkeit von Rohstoffimporten senken und kostengünstiger produzieren. Politik und Gesellschaft können ambitioniertere Nachhaltigkeits-, Klima- und Umweltziele leichter erreichen.

Beim Kongress zur „Circular Economy“ der CDU/CSU-Fraktion konnten Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Ideen und Innovationen präsentieren. Sie diskutierten unter anderem mit der umweltpolitischen Sprecherin Anja Weisgerber darüber, wie weit Deutschland auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft bisher gekommen ist und welche Weichen für die Zukunft gestellt werden müssen.



Frühlingsempfang von CSU und Junger Union

Klare Worte von Minister Markus Blume

Beim Frühlingsempfang von CSU und Junger Union (JU) in Schwebheim sprach in diesem Jahr Markus Blume, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Zunächst eröffneten Conny Neubauer und Moritz Hutter von der JU den Empfang, zu dem rund 300 Mitglieder und Gäste aus der gesamten Region gekommen waren. Erstmals in ihren neuen Funktionen waren bei dem Empfang Landtagsabgeordnete Martina Gießübel sowie Bezirkstagspräsident Stefan Funk mit dabei.

Markus Blume lenkte in seiner Festrede den Blick auf die Europawahl am 9. Juni, die aus seiner Sicht über die Zukunft unseres Kontinents entscheidet. Er warnte davor, dass Europa in die Hände von Radikalen gerät: „Wahlen sind kein Experimentierfeld.“ Um die Herausforderungen in Europa zu meistern, bräuchte es auch in Berlin eine Regierung, die aktiv voranschreite. „Jetzt, wo wir Europa so dringend bräuchten, haben wir in Berlin eine Leerstelle“, stellte der Minister fest.

Jedoch dürfe man sich auch nicht von der Politik der Bundesregierung herunterziehen lassen. In Bayern gebe es nach wie vor die besten Zukunftschancen, betonte Blume, der auf den Innovationsgeist der Technischen Hochschule verwies. Mit dem neuen Studiengang Robotik in Schweinfurt setzte die Bayerische Staatsregierung bewusst auf Heimat und Hightech. Blume sprach sich auch für eine Wirtschaftspolitik aus, die nicht den einen gegen den anderen ausspiele: „Die Steuer- und Abgabenlast muss sinken und Leistung muss sich wieder lohnen“, betonte der Minister. Gerade die Landwirtschaft, die sich jeden Tag um unsere Ernährung sorgt, müsse entlastet werden.

Neben der Festrede gab es noch eine Talkrunde mit den Europakandidaten Stefan Köhler und Barbara Göpfert, moderiert von der CSU-Kreisvorsitzenden Anja Weisgerber. Weisgerber forderte, die





Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme strikt zu begrenzen. Stattdessen müssten mehr ausländische Fachkräfte für den Arbeitsmarkt gewonnen werden. Aus ihrer Sicht wären Neuwahlen auf Bundesebene das beste Konjunkturprogramm für unser Land.

„Die EU ist unser Garant für Wohlstand, Sicherheit und Frieden“, betonte Stefan Köhler, unterfränkischer Bauernpräsident und Spitzenkandidat der Unterfranken-CSU für die Europawahl (Listenplatz 6), der einer AfD-Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus der EU eine deutliche Absage erteilte. Angesichts fehlender Lkw-Fahrer und leerer Supermarktregale würde heute viele Briten den Brexit ablehnen. Barbara Göpfert aus Stadtlauringen, die auf der bayerischen CSU-Europaliste auf Platz 19 kandidiert, möchte die Bürokratie in der EU weiter reduzieren sowie die regionale Erzeugung von Lebensmitteln zu stärken.

→ [Mehr Fotos vom Frühlingsempfang finden Sie hier...](#)

Gemeinsames Europawahlprogramm von CDU und CSU

Mit Sicherheit Europa

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Parteipräsidien in Berlin haben CDU und CSU einstimmig ihr Europawahlprogramm für die Wahl am 9. Juni beschlossen. Für uns ist klar: Europa ist ein Projekt des Friedens und der Freiheit. Mit unserem Wahlprogramm stellen wir die Weichen für unsere Europapolitik der kommenden Jahre: Für ein Europa, das den Frieden sichert, die Freiheit schützt und Wohlstand ermöglicht.



Unser CSU-Spitzenkandidat Manfred Weber hielt fest: „CDU und CSU sind die Europaparteien Deutschlands. Wir legen mit unserem gemeinsamen Wahlprogramm ambitionierte Ziele für eine stabile Zukunft Europas vor.“

→ [Das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl 2024 finden Sie hier...](#)

Der CSU-Parteivorstand hat außerdem einstimmig die Bayern-Agenda für die Europawahl beschlossen. Damit legen wir einen klaren Schwerpunkt auf unsere bayerischen Interessen in Europa.

→ [Die Bayern-Agenda der CSU zur Europawahl 2024 finden Sie hier...](#)



Frohe Ostern

An Ostern erblüht wieder die Natur. Ostern ist ein Fest des Aufbruchs und des Friedens. Gerade angesichts des russischen Kriegs in der Ukraine und Israels Kampf gegen den Hamas-Terror wissen wir, wie wertvoll es ist, in Frieden und Freiheit leben zu können. Ostern ist das Fest der Auferstehung und der Hoffnung – aber auch der Familie, der Kinder und der Freundschaft. Ich wünsche Ihnen frohe und gesegnete Ostertage und eine schöne Zeit im Kreise Ihrer Liebsten.

Ihre Anja Weisgerber



Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344

Fax: 030 227-76343

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Treten Sie mit mir in Kontakt:



Bildnachweis: Titel Tobias Koch (Portrait); S. 2 CSU (Cannabis), Büro MdB Weisgerber (Video); S. 3 Peter Leutsch (Industrie); S. 4 Peter Leutsch (Gruppenbild); S. 5 Büro MdB Weisgerber (Video); S. 6 Pixabay (Geld); S. 7 Pixabay (Verbraucherschutz), CDU/CSU-Fraktion (Kongress); S. 8 Dominik Dorsch (Empfang); S. 9 Tobias Koch (Europa); S. 10 Adobe Stock (Ostern Gerolzhofen)